S 10 AL 1012/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 AL 1012/96

Datum 09.12.1998

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AL 37/99 Datum 31.01.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 09.12.1998 wird zur \tilde{A}^{1} /4ckgewiesen.
- II. Au \tilde{A} \square ergerichtliche Kosten sind auch f \tilde{A} 1 /4r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Gew \tilde{A} mhrung von Arbeitslosengeld (Alg) im Zeitraum ab 01.03.1996.

Der am â geborene Klã ger arbeitete seit 01.08.1978 als Filmvorfã 4hrer und ab 01.07.1984 als Sicherheitsinspektor bei der Bezirksfilmdirektion Dresden. Nachdem er an einem Fortbildungslehrgang und einem postgradualen Studium mit Fachabschluss "Arbeitsschutz" teilgenommen hatte, absolvierte der Klã ger vom 01.09.1990 bis 30.06.1991 ein vom Arbeitsamt Dresden gefã rdertes weiteres Studium an der TU Dresden mit dem Fachabschluss "Sicherheitstechnik". Vom 01.07.1991 bis 09.09.1991 war er arbeitslos und bezog Alg. Um die von ihm begehrte Berufsbezeichnung "Ingenieur" tragen zu kã nnen, war ein weiteres

Studium notwendig. Daher nahm er im September 1991 an der ehemaligen Ingenieurschule fýr Holztechnik in Dresden ein Studium in der Fachrichtung "Holztechnik Möbel- und Bauelemente" auf, das er am 30.06.1994 abschloss. Noch während des Studiums im Jahre 1992 war dem Kläger mitgeteilt worden, dass der Abschluss "Ingenieur" keinen gleichwertigen Bildungsabschluss im Sinne von Art. 37 Abs. 1 Einigungsvertrag darstelle. Der Kläger entschied sich, durch ein weiteres Studium den Grad eines "Diplom-Ingenieurs (FH)" zu erlangen. Die Möglichkeit zur Aufnahme eines Aufbaustudiums bestand sowohl im Wintersemester 1994/1995 als auch im Winterseminar 1995/1996.

Vom 01.07.1994 bis zum 04.07.1994 und vom 03.08.1994 bis 22.10.1994 bezog der KlĤger Alg. WĤhrend der Zwischenzeit erhielt er im Rahmen einer RehabilitationsmaÄ∏nahme Ä∏bergangsgeld von der LVA Sachsen. Nach dem genannten Bezug von Alg verblieb dem KlĤger noch ein Restanspruch auf Alg von 178 Kalendertagen. Vom 24.10.1994 bis 29.02.1996 absolvierte er das Aufbaustudium und erhielt Leistungen nach dem BundesausbildungsfĶrderungsgesetz.

Am 07.02.1996 meldete er sich mit Wirkung zum 01.03.1996 bei der Beklagten erneut arbeitslos und beantragte die GewĤhrung von Alg. Dies lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 14.02.1996 und auch â auf seinen Widerspruch â im Widerspruchsbescheid vom 28.10.1996 mit der Begründung ab, dass ein Anspruch auf Alg nicht bestehe, weil der Kläger innerhalb der vom 01.03.1993 bis 29.02.1996 dauernden Rahmenfrist von drei Jahren vor Arbeitslosmeldung nicht mindestens 360 Kalendertage in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gestanden habe. Gemäà Â\$ 125 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) komme eine Wiederbewilligung von Alg nicht in Betracht, weil nach der Entstehung des ursprünglichen Anspruchs auf Alg am 01.07.1991 vier Jahre verstrichen seien.

Am 04.12.1996 hat der KlĤger gegen den seinem ProzessbevollmĤchtigten ausweislich Empfangsbekenntnisses am 04.11.1996 zugestellten Widerspruchsbescheid mündlich zu Protokoll des Sozialgerichts (SG) Dresden Klage erhoben. Er hat vorgetragen, er habe sich wĤhrend des Bezugs von Alg im Jahre 1994 vorsorglich bei seinem damaligen Arbeitsberater erkundigt, ob er bei vorzeitigem Abbruch des Studiums oder auch nach seinem Studium zum Sicherheitsingenieur, wenn er nicht sofort wieder eine Anstellung finden würde, Alg erhalten könne. Dies sei bejaht worden. Bei diesen Gesprächen sei er nicht darauf hingewiesen worden, dass er bei Wahrnehmung der Nachdiplomierung jeglichen Anspruch auf die Zahlung von Alg verlieren würde. Die zuständigen Sachbearbeiter der Beklagten hÄxtten ihre Beratungs- und Hinweispflicht verletzt. Sie hÃxtten auf den erkennbaren Ablauf der Frist des § 125 Abs. 2 AFG hinweisen müssen. Wäre er hierüber aufgeklärt worden, hätte er das Aufbaustudium erst im Wintersemester 1995/1996, also ein Jahr spääter als tatsäächlich, angetreten und wĤre in der Zwischenzeit einer beitragspflichtigen BeschĤftigung für mindestens 360 Tage bei der Firma PORTATEC nachgegangen. Es bestehe zwar keine allgemeine Pflicht der Beklagten, über den Ablauf der Verfallsfristen aufzuklĤren. Eine Beratungspflicht bestehe aber in jenen FĤllen, in denen der

Antragsteller einen entsprechenden Wunsch habe erkennen lassen. Der Kl \tilde{A} x ger m \tilde{A} 1 /4sse im Wege des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs so gestellt werden, als wenn er den Anspruch auf Zahlung von Alg rechtzeitig geltend gemacht h \tilde{A} x tte. Wenn die Klage nicht auf einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch gest \tilde{A} 1 /4tzt werden k \tilde{A} x nne, so d \tilde{A} 1 /4rfe sich die Beklagte auf Grund des infolge mehrfacher Beratungen gegen \tilde{A} 1 /4ber dem Kl \tilde{A} x ger aufgebauten Vertrauenstatbestandes nicht auf ein Verstreichen der nach \tilde{A} x 125 Abs. 2 AFG vorgesehenen Frist berufen. Dieser aus \tilde{A} x 242 B \tilde{A} 1 /4rgerliches Gesetzbuch (BGB) hergeleitete Grundsatz gelte auch im \tilde{A} x ffentlichen Recht.

Mit Urteil vom 09.12.1998 hat das SG die Klage als unbegründet abgewiesen. Der Kläger habe die erforderliche Anwartschaftszeit des § 104 AFG nicht erfüllt, da er nicht innerhalb der Rahmenfrist 360 Kalendertage in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gestanden oder eine gleichgestellte Zeit gemäÃ∏§ 107 AFG zurückgelegt habe. Des Weiteren komme auch eine Weiterbewilligung des frþheren Alg-Anspruchs nicht in Betracht, da nach seiner Entstehung am 01.07.1991 die Frist des § 125 Abs. 2 AFG von vier Jahren verstrichen sei. Ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch scheitere daran, dass durch eine Amtshandlung der Beklagten die 360 Kalendertage beitragspflichtiger Beschäftigung des Klägers nicht ersetzt werden könnten.

Gegen das dem ProzessbevollmĤchtigten des KlĤgers ausweislich Empfangsbekenntnisses am 05.02.1999 zugestellte Urteil hat dieser mit Schriftsatz vom 08.03.1999, eingegangen beim SĤchsischen Landessozialgericht (LSG) am selben Tag, Berufung eingelegt. Der Rechtsgedanke von Treu und Glaube gebiete die Fiktion der tatsĤchlichen Vornahme der damals unterlassenen Handlung. Ansonsten verbliebe beim KlĤger ein Nachteil, fýr den allein die Beklagte die Verantwortung trage. Die Beklagte habe die Pflicht, den LeistungsempfĤnger ohne konkreten Anlass auf klar zutage tretende GestaltungsmĶglichkeiten hinzuweisen.

Eine gegen die Bundesanstalt für Arbeit erhobene, auf § 839 BGB i. V. mit Artikel 34 Grundgesetz (GG) gestützte Schadensersatzklage hat das Landgericht Dresden als unbegründet abgewiesen. Das Oberlandesgericht (OLG) Dresden hat mit Urteil vom 19.04.2000 die Berufung des KlAzgers als unbegrA¼ndet zurA¼ckgewiesen. Soweit der KlĤger behaupte, er hĤtte bei AufklĤrung der Beklagten über die Frist des § 125 Abs. 2 AFG sein Zusatzstudium nicht im Oktober 1994, sondern erst ein Jahr spĤter aufgenommen und wĤhrenddessen eine versicherungspflichtige Tätigkeit bei der Firma â∏¦ aufgenommen, lägen die Anspruchsvoraussetzungen für einen Schadenersatzanspruch aus Amtshaftung nicht vor. Eine Verletzung der Auskunfts- oder Beratungspflicht sei nicht gegeben. Wie der Kläger im Verfahren vor dem Landgericht als auch dem OLG selbst ausdrýcklich eingeräumt habe, habe er gegenüber der Mitarbeiterin der Beklagten die Möglichkeit der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen TÄxtigkeit bei der Firma PORTATEC für den Zeitraum 1994 bis 1995 nicht dargelegt oder zumindest angedeutet. Unter diesen UmstĤnden hĤtten die Mitarbeiterinnen der Beklagten davon ausgehen dürfen, dass dem Kläger â□□ wie von ihm selbst auch eingeräumt â∏∏ grundsätzlich daran gelegen war, bereits im Wintersemester 1994/1995, also im Rahmen des ersten Durchgangs, das zur Erreichung des begehrten

akademischen Titels erforderliche Zusatzstudium aufzunehmen, um so seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zügig zu verbessern und eine weitere VerzĶgerung zu vermeiden. Der KlĤger habe gegenüber der Beklagten auch nicht deutlich gemacht, dass er von einer Verfolgung der Weiterqualifizierung überhaupt absehen würde, sofern die bereits im Bescheid aus dem Jahre 1991 festgestellte Anwartschaft infolge des Fristablaufs nach <u>§ 125 Abs. 2 AFG</u> erlöschen würde. Ein Hinweis darauf, dass es bei Durchführung der Weiterqualifizierung und anschlieA

ender Arbeitslosigkeit zum ErlA

schen des Alg-Anspruchs gemäÃ∏ <u>§ 125 Abs. 2 AFG</u> käme, sei unter diesen Umständen aber nicht angezeigt gewesen. Die Mitarbeiter der Beklagten hÄxtten vielmehr davon ausgehen können, dass der Kläger primär an einer Weiterqualifizierung durch die Erlangung des gewünschten akademischen Titels zur Verbesserung seiner Arbeitsmarktchancen interessiert gewesen sei. Es habe kein Fall vorgelegen, in dem sich auch ohne ausdrļckliche Nachfrage ein dahingehender Beratungsbedarf fļr die Mitarbeiterinnen der Beklagten hÄxtte aufdrÄxngen mļssen. Wenn der Kläaer dann nicht von sich aus darauf hinweise, dass ihm â□□ aus Sicht der beratenden Mitarbeiter überraschend â∏ eine zeitnahe sozialversicherungspflichtige BeschÄxftigung bis zu einer Teilnahme am zweiten Mitarbeiter der Beklagten davon ausgehen dýrfen, dass ein entsprechender Beratungsbedarf im Hinblick auf § 125 AFG nicht bestanden habe. Die beratenden Mitarbeiter hÃxtten nicht über alle nicht erkennbaren, theoretisch möglichen Konstellationen aufklĤren mýssen. Auch soweit der KlĤger seinen Anspruch darauf stýtze, dass die Mitarbeiter der Beklagten ihn auf den Verlust der noch auf Grund des Bescheides vom 04.05.1991 bestehenden Anwartschaft auf Alg für weitere 178 Tage bei Aufnahme des Aufbaustudiums bereits im Jahr 1994 hÄxtten informieren mýssen, scheide ein Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte aus. Selbst falls eine Pflichtverletzung vorgelegen haben sollte, habe diese sich jedenfalls nicht ursÄxchlich auf den insoweit behaupteten Schaden, den Verlust der noch bestehenden Restanwartschaft von 178 Tagen, ausgewirkt. HÄxtte die Beklagte nämlich darüber aufgeklärt, dann hätte der Kläger nach seinem eigenen Vortrag eine BeschĤftigung der Firma PORTATEC aufgenommen, um so den Zeitraum bis zur Aufnahme des Aufbaustudiums ein Jahr späxter, näxmlich 1995, zu überbrücken. In diesem Falle hÃxtte er den Restanspruch aber ebenfalls nicht mehr in Anspruch genommen. Aus den genannten Gründen bestehe auch kein Anspruch aus § 1 Staatshaftungsgesetz. Der KlAzger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 09.12.1998 und den Bescheid vom 14.02.1996 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.10.1996 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, dem Kl $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{w}}$ ger ab dem 01.03.1996 Arbeitslosengeld f $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{H}}$ $^{\text{H}}$ r die Dauer von 156 Tagen zu gew $\tilde{\text{A}}$ $^{\text{w}}$ hren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Die Beklagte ist der Auffassung, ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch sei nicht gegeben. Der Beratungsbedarf des KlĤgers habe sich vorliegend nicht

aufdrängen müssen, da die Aufnahme des Studiums durchaus von Vorteil gewesen sei, um die Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt zu vergröÃ∏ern. So sei es vorrangig Aufgabe der Beklagten, Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, zu fördern und zu stabilisieren, nicht hingegen den Leistungsanspruch zu erhalten. Die Bundesanstalt sei nicht dazu verpflichtet, dem Kläger durch Beratung über den Ablauf der Frist des <u>§ 125 Abs. 2 AFG</u> zu einer vorzeitigen Beendigung und damit zu einem Nichtabschluss des Studiums zu raten, um in den Genuss von Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu gelangen (BSG, Urteil vom 21.03.1990, Az.: 7 RAr 36/88).

Bezüglich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts hat der Senat auf die Verfahrensakten beider Instanzen und die Leistungsakte der Beklagten, die er zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht hat, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die statthafte (\hat{A} § \hat{A} § 143, 144 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz \hat{a}_{\square} SGG -) sowie formund fristgerecht (\hat{A} § 151 SGG) eingelegte Berufung ist zul \hat{A} xssig, in der Sache jedoch nicht begr \hat{A} 4ndet. Das mit der Berufung angegriffene Urteil des SG Dresden vom 09.12.1998 ist nicht zu beanstanden. Der Bescheid der Beklagten vom 14.02.1996 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.10.1996 ist rechtm \hat{A} x \hat{A} \hat{A} \hat{A} 0. Dem Kl \hat{A} xger steht kein Anspruch auf Alg ab 01.03.1996 zu.

١.

Ein Neuanspruch ergibt sich â wie vom SG zutreffend festgestellt â nicht aus § 100 Abs. 1 AFG in der Fassung des Art. 10 des Gesetzes zur Ä nderung des Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) und anderer Gesetze vom 15.12.1995, BGBI. I S. 1824. Gem X Â 100 AFG hat Anspruch auf Alg, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verf Å 4gung steht, die Anwartschaftszeit erf Å 4llt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Alg beantragt hat. Gem Ä X Â 104 Abs Ä x tze 1, 2 und 3 AFG hat die Anwartschaftszeit erf Å 4llt, wer in der Rahmenfrist von drei Jahren 360 Kalendertage in einer die Beitragspflicht begr Å 4ndenden Besch Ä xftigung gestanden oder eine gem Ä X Â 107 AFG gleichgestellte Zeit zur Å 4ckgelegt hat. Die Rahmenfrist endet mit dem Tag, der dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit unmittelbar vorausgeht und an dem die sonstigen Voraussetzungen f Å 4r den Anspruch auf Alg erf Å 4llt sind.

Der Kläger stand in der vom 01.03.1993 bis 29.02.1996 dauernden Rahmenfrist zu keinem Zeitpunkt in einer die Beitragspflicht begrýndenden Beschäftigung. Da er lediglich vom 05.07.1994 bis 02.08.1994 Ã \square bergangsgeld gemäÃ \square $^{\hat{A}\S}$ 107 Ziff. 5a AFG bezog, ist die Anwartschaft nicht erfüllt. II.

Ein Anspruch auf Weiterbewilligung des früheren Alg-Anspruchs besteht ebenso wenig. Zwar verblieben aus dem am 01.07.1991 entstandenen Anspruch auf Alg bei Aufnahme des Zusatzstudiums noch 178 Kalendertage. GemÃxÃ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Abs. 2 AFG kann ein Anspruch auf Alg jedoch nicht mehr geltend gemacht werden, wenn nach seiner Entstehung vier Jahre verstrichen sind. Dem SG ist auch darin

zuzustimmen, dass der Ablauf der Verfallsfrist des § 125 Abs. 2 AFG unabhängig davon eintritt, ob der Arbeitslose unverschuldet an der weiteren Geltendmachung des Alg-Anspruchs gehindert war (so auch BSG SozR 4100 § 125 AFG Nr. 2). Da die Beklagte als Leistungsträger an Recht und Gesetz gebunden ist, ist sie verpflichtet, gesetzliche Fristen zu beachten. Damit war der Restanspruch des Klägers bei der erneuten Antragstellung am 07.02.1996 erloschen.

III.

Ein Anspruch auf Alg ab 01.03.1996 lÃxsst sich auch nicht als sozialrechtlicher Herstellungsanspruch auf Grund einer Beratungspflichtverletzung der Beklagten begrÃ $\frac{1}{4}$ nden. GemÃxÃ $\frac{1}{2}$ Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) besteht eine Verpflichtung des zustÃxndigen LeistungstrÃxgers, den Leistungsberechtigten Ãx4ber seine Rechte und Pflichten zu beraten. Unter Beratung ist hierbei eine umfassende konkret-individuelle Information des Leistungsberechtigten Ãx4ber seine Rechte und Pflichten einschliex6 lich der Verwaltungspraxis und des zweckmx8 dx9 ligen Verhaltens zu verstehen.

(1.) Soweit der Kläger behauptet, er hätte bei Aufklärung der Beklagten über die Frist des <u>§ 125 Abs. 2 AFG</u> sein Zusatzstudium nicht im Oktober 1994, sondern erst ein Jahr später aufgenommen und währenddessen eine versicherungspflichtige Tätigkeit bei der Firma â∏ aufgenommen, liegen diese Anspruchsvoraussetzungen nicht vor.

Zwar muss eine vom SozialleistungstrĤger vorgenommene Beratung richtig, unmissverstĤndlich und umfassend sein, so dass der Ratsuchende entsprechend disponieren kann, und zwar auch dann, wenn es sich bei dem Beratungsgegenstand um eine schwierige Rechtsfrage handelt oder die Beratung zeit- und kostenaufwĤndig sein sollte. Eine Beratungspflicht hinsichtlich des Ablaufs der Verfallsfrist nach <u>§ 125 Abs. 2 AFG</u> kann grundsÃxtzlich gegeben sein (BSG <u>SozR</u> 3-4100 § 125 Nr. 1; Niesel, AFG, 2. Auflage, § 125 Rn. 7). Nach der Rechtsprechung des BSG besteht seitens der ArbeitsÄxmter allerdings keine allgemeine Pflicht, jeden Leistungsbezieher stets auf die Verfallsfrist des § 125 Abs. 2 AFG bei der Aufhebung von Leistungsbewilligungen aufmerksam zu machen. Dies folgt â∏ wie vom OLG zutreffend festgestellt â∏ daraus, dass die Frist nur in besonders gelagerten FĤllen zum Tragen kommt, so insbesondere, wenn Unterbrechungen im Leistungsbezug von gröÃ∏erer Zahl oder längerem Umfang auftreten, ohne dass der Anspruchsberechtigte in der Zwischenzeit eine neue Anwartschaft begründet. Soweit diese Voraussetzungen nicht vorliegen, hat das BSG eine Hinweispflicht verneint (BSGE 62, 179). Mitarbeiter der Beklagten trifft nach der genannten Entscheidung des BSG nur dann eine entsprechende Beratungspflicht, wenn dafļr nach den UmstĤnden des Einzelfalls besonderer Anlass bestand, insbesondere wenn sich dem Arbeitsamt aufdrĤngen musste, dass die Verfallsfrist des <u>§ 125 Abs. 2 AFG</u> erreicht werden könnte (<u>BSGE 62, 179</u>) und deshalb eine zwischenzeitliche Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen BeschÄxftigung notwendig wÄxre, um die Anwartschaftszeit zu erneuern. Insbesondere ist dann zu beraten, wenn der Anspruchsinhaber einen entsprechenden Wunsch erkennen lÄxsst.

Gegen eine Verletzung der Beratungspflicht sprechen, dass der Kläger â∏ wie er im Verfahren vor dem OLG Dresden ausdrücklich einräumte â∏ gegenüber dem Mitarbeiter der Beklagten die Möglichkeit der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei der Firma â∏ für den Zeitraum 1994 bis 1995 nicht dargelegt oder auch nur angedeutet hat. Er hat den Mitarbeiterinnen auch nicht zu erkennen gegeben, dass er von einer Verfolgung der Weiterqualifizierung überhaupt absehen würde, soweit davon die bereits mit Bescheid aus dem Jahre 1991 gewonnene Anwartschaft infolge des Fristablaufs des § 125 Abs. 2 AFG erlöschen wÃ⅓rde. Der Senat kann jedoch dahingestellt bleiben lassen, ob eine Beratungspflichtverletzung der Beklagten vorliegt.

Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch scheitert â∏ unabhängig hiervon â∏ daran, dass die begehrte Amtshandlung â∏ Bewilligung von Alg ohne Vorliegen einer versicherungspflichtigen Tätigkeit von mindestens 360 Kalendertagen â∏∏ ihrer Art nach nicht zulägssig ist. Dem SG ist darin zuzustimmen, dass das Rechtsinstitut des Herstellungsanspruchs nur in den FÄxllen zum Tragen kommt, in denen der durch das pflichtwidrige Verwaltungshandeln eingetretene Nachteil durch eine zulÄxssige Amtshandlung beseitigt werden kann. Dagegen bleibt fļr seine Anwendung in solchen FĤllen kein Raum, in denen ein Nachteilsausgleich auf ein gesetzwidriges Handeln des LeistungstrĤgers hinauslaufen würde. Hintergrund dieser von der Rechtsprechung angenommene Differenzierung zwischen "ersetzbaren" und "nicht ersetzbaren" Voraussetzungen ist das Prinzip der GesetzmäÃ∏igkeit des Verwaltungshandeln als Ausfluss des Rechtsstaatsprinzips gemäÃ∏ § 20 Abs. 3 GG. Dieses lässt nicht zu, dass die Verwaltung gesetzwidrig handelt, selbst wenn sie vorher eine falsche Beratung vorgenommen hat. Die Korrektur einer fehlerhaften Beratung ist nicht möglich, soweit es um auÃ∏erhalb des SozialrechtsverhĤltnisses liegende TatbestĤnde geht, die nach dem materiellen Recht fÃ1/4r das Entstehen des Sozialrechtsanspruchs erforderlich sind (Benz, Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch wegen Verletzuung einer Beratungspflicht des LeistungstrÄxgers und Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung, SGb 1998, 170, 172 ff.; Koch, Wechselwirkungen von sozialrechtlichem Herstellungsanspruch und Amtshaftungsanspruch bei Auskunftsund Beratungsfehlern, NZS 1998, 167, 171; SÃxchs. LSG, Urteil vom 20.05.1999, L 3 AL 5/98).

Eine sozialversicherungspflichtige BeschĤftigung in den Jahren 1994/1995, die der KlĤger nach nunmehrigem Vorbringen im Falle einer ordnungsgemĤÄ□en Beratung aufgenommen hĤtte, kann nicht durch eine zulĤssige Amtshandlung der Beklagten nachgeholt werden und daher nicht im Wege des sozialrechtlichen Herstellungsanspruches fingiert werden.

(2.) Dem OLG ist auch darin zuzustimmen, dass, soweit der Kläger seinen Anspruch darauf stýtzt, die Mitarbeiter der Beklagten hätten ihn auf den Verlust der noch auf Grund des Bescheides vom 04.05.1991 bestehenden Anwartschaft auf Alg fýr weitere 178 Tage bei Aufnahme des Aufbaustudiums im Jahre 1994 hinweisen mýssen, ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch ebenfalls ausscheidet. Selbst für den Fall des Unterstellens einer Pflichtverletzung der Beklagten mangelt es jedenfalls an der notwendigen Kausalität zwischen einer

solchen und dem Nachteil, dem Verlust der noch bestehenden Rentenanwartschaft von 178 Tagen. HĤtte die Beklagte nĤmlich hierļber aufgeklĤrt, dann hĤtte der KlĤger nach seinem eigenen Vortrag eine BeschĤftigung bei der Firma PORTATEC aufgenommen, um so den Zeitraum bis zur Aufnahme des Aufbaustudiums ein Jahr spĤter zu ľberbrľcken. Dies mľsste folgerichtig zu der weiteren Annahme fľhren, dass der KlĤger am 01.03.1996 das Studium noch nicht abgeschlossen hĤtte und deshalb auch nicht arbeitslos geworden wĤre. Auch in einem solchen Falle wĤre daher der Restanspruch von 178 Kalendertagen untergegangen. Der Restanspruch wĤre dem Neuanspruch nicht gem. <u>ŧ 106 Abs. 3 Satz 2 AFG</u> hinzuzuaddieren gewesen, weil dies gesetzlich lediglich fľr FĤlle des <u>ŧ 125 Abs. 1 AFG</u>, nicht jedoch fþr den hier vorliegenden Fall des <u>ŧ 125 Abs. 2 AFG</u>, vorgesehen ist.

IV.

Dem Kl \tilde{A} ¤ger stand ebenso wenig ein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe gem. \hat{A} § 134 AFG zu, weil er ebenfalls die hierf \tilde{A} ¼r erforderliche Anwartschaftszeit nicht erf \tilde{A} ¼llte.

Nach alledem war die Berufung zurĽckzuweisen.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten folgt aus $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ SGG}}{193 \text{ SGG}}$. Gr $\tilde{A}^{1/4}$ nde f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Zulassung der Revision gem \tilde{A} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} 160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 08.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024